

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Hans Apel MdB sieht die Bundesregierung vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig ohne Handlungskonzept; Bonn auf der Anklagebank.

Seite 1

Klaus-Henning Rosen kommentiert eine fragwürdige Untersuchung in Österreich: Nur 7 Prozent Antisemiten?

Seite 4

Franz Müntefering MdB resümiert die Ergebnisse einer wohnungspolitischen Konferenz der SPD: Die Entwicklung der Städte und Dörfer fördern.

Seite 6

42. Jahrgang / 91

14. Mai 1987

In Venedig auf der Anklagebank

Die Bundesregierung ist vor dem Weltwirtschaftsgipfel ohne Handlungskonzept

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Die Deutschen sind zum Wahnsinnig werden selbstzufrieden“, kommentierte die International Herald Tribune am 8. Mai die hartnäckige weltwirtschaftliche Verweigerungshaltung der Bundesregierung. Bei seinem jüngsten Besuch in Washington Ende April habe sich „Mr. Bangemann noch unumwunden darüber gefreut, daß gegenwärtig die Japaner am Pranger stehen“. Beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel aber, der vom 8. bis 10. Juni in Venedig stattfindet, so warnt das Blatt, „werden sich die anklagenden Finger weniger auf Tokio richten, als vielmehr auf Bonn“.

In der Tat ist zu befürchten, daß in Venedig die Deutschen auf der Anklagebank der Weltwirtschaft sitzen werden. Der von unseren Weltwirtschaftspartnern - nicht nur in Amerika, sondern zunehmend auch in Europa - erhobene Vorwurf lautet: Die Bundesrepublik Deutschland unternimmt keine ausreichenden Anstrengungen, um durch eine Stärkung ihrer Konjunktur beim Abbau der Handelsungleichgewichte, bei der Belebung der Weltkonjunktur und bei der Stabilisierung des internationalen Währungssystems konstruktiv mitzuwirken.

Diese Vorwürfe sind nicht nur wegen der zunehmenden internationalen Isolierung der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem deshalb besorgniserregend, weil sie bei den Partnerländern zu Reaktionen führen, die für die Bundesrepublik, die ein Drittel ihres Sozialprodukts im Außenhandel erwirtschaftet und in der jeder 4. Arbeitsplatz vom Export abhängig ist, mit schmerzhaften Konsequenzen verbunden sind. Es liegt daher im eigenen nationalen Interesse, diese Vorwürfe ernst zu nehmen und bei der eigenen Politik zu berücksichtigen.

Die ökonomischen Daten bestätigen, daß die Bundesrepublik gegenwärtig einen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft nicht leistet:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauffördernde
umweltschonende
Recycling-Papier



Die Konjunktur in der Bundesrepublik wird immer schwächer: Die Industrieproduktion ging im März gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um drei Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum nahmen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent ab. Die Konjunkturabschwächung geht auch am Arbeitsmarkt nicht spurlos vorbei: Seit einem halben Jahr steigt die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen wieder kontinuierlich an. Offensichtlich geht die Bundesrepublik Deutschland mit einem Sockel von über zwei Millionen Arbeitslosen in einen neuen Konjunkturabschwung.

Die Bundesregierung hat lange versucht, die Öffentlichkeit über den wahren Zustand der Konjunktur hinwegzutäuschen. Nachdem die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten für 1987 nur noch eine Wachstumsrate von ein bis zwei Prozent voraussagten, der Internationale Währungsfonds für die Bundesrepublik nur noch 1,9 Prozent prognostizierte und vor wenigen Tagen auch die OECD ihre Wachstumserwartungen für die Deutschen auf 1,5 bis zwei Prozent (bei einem Dollarkurs von im Jahresdurchschnitt 1,86 DM) deutlich nach unten schraubte, blieb jetzt auch der Bundesregierung keine andere Wahl mehr: Sie mußte zugeben, daß auch sie nicht an das kurz vor der Bundestagswahl gemalte Trugbild eines Wachstums von „2,5 Prozent und mehr“ glaubt, und reduzierte ihre Prognose letzten Freitag auf 1,8 Prozent.

IWF und OECD bestätigen aber nicht nur, daß der deutschen Konjunktur die Luft ausgeht. Ihre Prognosen zeigen auch, daß das Wachstumstempo in der Bundesrepublik deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen westlichen Industrieländer liegt.

Ein Konjunkturabschwung ist aber genau das Gegenteil dessen, was unsere Handelspartner von der Bundesrepublik Deutschland erwarten und was sich aus unserer Mitverantwortung für die Weltwirtschaft ergibt:

Beim Treffen der großen westlichen Industrieländer am 22. Februar im Pariser Louvre, bei dem vereinbart wurde, durch gemeinsame Aktionen den Dollarkursverfall zu stoppen und das internationale Währungssystem zu stabilisieren, hatte Bundesfinanzminister Stoltenberg ein höheres deutsches Wachstum versprochen. Das „Louvre-Abkommen“ sah vor, daß die USA ihre Defizite in Budget und Handelsbilanz abbauen und daß parallel dazu die beiden Überschußländer Japan und Bundesrepublik Deutschland ihre Binnennachfrage stärken. Dadurch sollten die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für mehr Importe erhöht und ihre Handelsbilanzüberschüsse auf international vertretbare Größenordnungen zurückgeführt werden.

Durch zusätzliche Nachfrage in Japan und Europa soll auch der Nachfrageausfall ausgeglichen werden, der durch die notwendige Haushaltskonsolidierung in den USA entsteht. Dies ist erforderlich, um eine weitere Abschwächung der Weltkonjunktur zu vermeiden.

Die japanische Regierung hat inzwischen ein finanz- und geldpolitisches Konzept für die Belebung der japanischen Konjunktur vorgelegt. Demgegenüber besitzt die deutsche Bundesregierung bis zur Stunde nicht einmal auf dem Papier ein glaubwürdiges Konzept dafür, wie der deutsche Beitrag im Rahmen des Louvre-Abkommens, also eine wesentliche Stärkung unserer Konjunktur, realisiert werden könnte.

Angesichts eines deutschen Bruttosozialprodukts von rund 2.000 Milliarden DM ist es verständlich, wenn im Ausland auf Versicherungen der Bundesregierung, mit einer zusätzlichen Steuersenkung von 5,2 Milliarden DM in 1988, die vor allem die Bezieher hoher und höchster Einkommen begünstigt, könne der Abwärtstrend unserer Konjunktur umgedreht und ein Impuls für die Weltwirtschaft gegeben werden, mit bitterer Häme reagiert wird.

Auch das Zinssignal, das die Deutsche Bundesbank in dieser Woche dadurch gegeben hat, daß der Zinssatz für Wertpapierpensionsgeschäfte, über die sie die Banken mit Liquidität versorgt, von zuletzt 3,8 Prozent auf 3,55 Prozent gesenkt wurde, reicht zur Stabilisierung der Wechselkurse allein nicht aus. Vielmehr birgt der Versuch, die notwendige Währungsstabilisierung ausschließlich über eine Vergrößerung der Zinsdifferenzen zwischen den Überschußländern Japan und Bundesrepublik Deutschland einerseits und den USA andererseits zu erreichen, für die Weltkonjunktur erhebliche Gefahren: Steigende amerikanische Zinsen könnten die Konjunkturschwäche in den USA verstärken und das Land - und mit ihm die gesamte Weltwirtschaft - in die Rezession führen.

Die „wahnsinnig machende Selbstzufriedenheit“, die die Bundesregierung seit dem letzten Weltwirtschaftsgipfel vor einem Jahr in Tokio mit wachsender Penetranz demonstriert hat, war eine der Hauptursachen für den drastischen Dollarkursverfall der letzten Monate. Rechtzeitige Kooperation mit unseren Partnern in USA und Europa hätte den Kurseinbruch und die daraus resultierenden Belastungen für unsere Konjunktur und den Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit verhindern können. Eine Fortsetzung der deutschen Verweigerungshaltung könnte den Dollar, der für die deutsche Wirtschaft schon



lange die Schmerzschwelle überschritten hat, aber noch tiefer absacken lassen. Neue Währungsturbulenzen - auch innerhalb des Europäischen Währungssystems - wären die Folge. Der Dollar hat bereits die Marke von 1,80 DM überwunden und liegt jetzt schon geraume Zeit unter dem Niveau, das nach dem Louvre-Abkommen hätte verteidigt werden sollen.

Wenn sich ein Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte anders nicht erreichen läßt, könnten die Amerikaner versucht sein, ihr Ziel über eine weitere Dollarabwertung zu verwirklichen. Amerikanische Experten schließen auch einen Dollarkurs von 1,40 DM nicht aus. Das ist sicher übertrieben. Der amerikanische Finanzminister Baker hat bei der OECD-Ministerratstagung in dieser Woche auch zu erkennen gegeben, daß er sich der Risiken einer weiteren Dollarabwertung zunehmend bewußt wird: Ein Wiederanstieg der Inflation, geldpolitische Bremsmanöver, ein Versiegen des Kapitalzuflusses aus dem Ausland, steigende Zinsen und letztlich das Abgleiten in die Rezession könnten die Folge sein.

Die Risiken eines weiteren Dollarkursverfalls stärken offensichtlich die protektionistischen Kräfte in den USA, die das Handelsbilanzdefizit über Importrestriktionen abbauen wollen. Der Entwurf eines neuen Handelsgesetzes, das eindeutig gegen Japan und die Bundesrepublik gerichtet ist, beweist, daß viele Amerikaner aufgrund ihres riesigen Binnenmarktes glauben, auf den freien Welthandel eher verzichten zu können, als Deutsche und Japaner. Konsequenz der Verweigerungshaltung der Bundesregierung ist also letztlich, daß die Bundesrepublik Deutschland, die vom Funktionieren des freien Welthandels so abhängig ist, wie kaum ein anderes Land, die Gegner des freien Welthandels unterstützt.

Angesichts der von der außenwirtschaftlichen Flanke drohenden Gefahren hat die Bundesregierung auf der gestern beendeten OECD-Ministerratstagung angekündigt, notfalls Maßnahmen zur Konjunkturstützung ergreifen zu wollen. Mit leeren Ankündigungen und einer wohlklingenden Beschwörung marktwirtschaftlicher Dynamik werden in Venedig die Anklagen und die Gegenreaktionen unserer Handelspartner jedoch nicht zu vermeiden sein.

Ein konkretes und überzeugendes Konzept zur Stärkung der deutschen Binnenkonjunktur besitzt die Bundesregierung jedoch nicht - sie steht konjunkturpolitisch mit völlig leeren Händen da:

Ihre Steuersenkung 1988 ist konjunkturpolitisch verfehlt. Statt die beschlossene Steuersenkung nachfragewirksam auf kleinere und mittlere Einkommen zu konzentrieren, nutzt die Bundesregierung diese Steuersenkung zur Fortsetzung ihres Umverteilungskurses. Ein verheirateter Spitzenverdiener wird 1988 um 6.256 DM entlastet, ein Normalverdiener dagegen nur um ganze 94 DM. Daß von dieser Steuersenkung die notwendige Stärkung der inländischen Nachfrage nicht ausgehen kann, liegt auf der Hand. Das geplante Steuerpaket 1990 ist gleichfalls so unausgewogen, daß von ihm die notwendigen Konjunkturimpulse selbst dann nicht erwartet werden könnten, wenn das Paket zeitlich vorgezogen würde.

Gleichwohl entfaltet das Steuerpaket 1990 bereits heute konjunkturpolitische Wirkung, wenn auch in einer völlig unerwünschten Richtung:

Die nach wie vor offene Frage, wie die Steuersenkung von 44 Milliarden DM finanziert werden soll, führt bei Wirtschaft und Verbrauchern, aber auch bei Ländern und Gemeinden, zu einer wachsenden Verunsicherung, die die Konjunktur noch zusätzlich belastet. Dem Bundesfinanzminister selbst, dessen Haushalt das Steuerpaket 1990 durch Steuermindereinnahmen mit 19 Milliarden DM belastet, raubt es schon heute jeden konjunkturpolitischen Spielraum. Zusätzliche Belastungen aus wachsenden Sozialhilfeausgaben und Einnahmeausfälle aus der Steuersenkung könnten schon bald auch bei den Gemeinden, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Gesamtinvestitionen entfallen, zu Einschränkungen bei ihren Investitionen führen.

Wenn der Bundesfinanzminister als Konsequenz seiner verfehlten Finanzpolitik zur Vermeidung neuer Rekorddefizite im Bundeshaushalt die Mehrwertsteuer von 14 Prozent auf 16 Prozent erhöhen muß, wird auch der private Verbrauch zusätzlich belastet, wodurch der Konjunkturabschwung noch weiter verstärkt wird.

Konjunkturabschwung, steigende Massenarbeitslosigkeit, selbstverschuldete außenwirtschaftliche Probleme und die zunehmende Erkenntnis, daß seinen Wahlversprechungen die finanzpolitische Seriosität fehlt, lassen den Tag immer näher rücken, an dem der Bundesfinanzminister das Scheitern seiner Finanzpolitik eingestehen muß. Wenn sich die Bundesregierung beim bevorstehenden Venedig-Gipfel auf der Anklagebank wiederfindet, wird sich zeigen, daß die Politik des Bundesfinanzministers auch der weltwirtschaftlichen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht wird.

(-/14.5.1987/rs/ks)

* * *

Nur 7 Prozent Antisemiten?

Anmerkungen zu einer fragwürdigen Untersuchung in Österreich

Von Klaus-Henning Rosen

Seitdem eine in Jahrtausenden in Mitteleuropa gewachsene Judenfeindschaft durch das Deutsche Reich im Holocaust eine bittere Endgültigkeit gefunden hatte, wollen Politiker immer wieder wissen, wie weit Judenfeindschaft - unpräzise „Antisemitismus“ genannt - heute noch reicht. In der Bundesrepublik Deutschland haben Sozialwissenschaftler seit 1950 fünf größere Befragungen vorgenommen, an der sechsten arbeitet im Auftrage der Bundesregierung derzeit das Institut für Demoskopie Allensbach (die wissenschaftliche Begleitung durch das Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung läßt hoffen, daß das Ergebnis seriöser ausfällt als die 84er-Studie über Rechts-extremismus).

Fragwürdig sind solche Untersuchungen allesamt, weil noch niemand ein unanfechtbares Verfahren zur Messung von Vorurteilen gefunden hat, zumal wenn sie so vielschichtig und tief verwurzelt sind wie die Judenfeindschaft. Angesichts des regelmäßig unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansatzes ist es kaum möglich, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen oder Entwicklungen zu diagnostizieren: So bewegt sich bei den deutschen Untersuchungen der Anteil des extremen Antisemitismus zwischen 16 und 37 Prozent.

Deshalb muß es überraschen, wenn eine von fünf österreichischen Umfrageinstituten im Dezember 1986 und Januar 1987 durchgeführte Befragung zu dem Ergebnis gelangt, daß nur „sieben Prozent der Österreicher... deutliche Abneigungsgefühle gegen die Juden“ haben, was nach Meinung der Institute gegenüber einer Ende der 60er Jahre durchgeführten Untersuchung einen Rückgang von fünf Prozent bedeute. Der „stern“ hatte aufgrund einer Allensbach-Erhebung im vergangenen Jahr einen entsprechenden Wert von 16 Prozent angegeben.

Die österreichische Untersuchung war wegen der gerade von jüdischer Seite erhobenen Proteste gegen die Kandidatur von Kurt Waldheim für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten gemacht worden. Es wurden, nach durchweg einheitlichen Kriterien, etwa 7.000 Österreicher befragt. Was stört, ist die uneinheitliche Terminologie, denn Begriffe wie „jüdisches Volk“, „Juden“, „österreichische Juden“ stehen unvermittelt nebeneinander, weshalb die Bewertung der Aussagen problematisch ist. So wird zum sogenannten „latenten Antisemitismus“ festgestellt, es gebe „bei etwa einem Drittel der Bevölkerung einzelne negative Klischees und abfällige Vorurteile“ (die bundesdeutschen Untersuchungen kamen zu Ergebnissen zwischen 25 und 50 Prozent). Was die Autoren zur einschränkenden Interpretation veranlaßt, dies sei „nicht mit Judenfeindschaft verbunden“ bleibt offen. Man mag es den Österreichern gönnen, wenn sie sich deutlicher als die Bundesdeutschen von der Judenfeindschaft befreit haben sollten. Angesichts des gerade in Österreich besonders militanten Antisemitismus der Jahrhundertwende, verbunden mit Namen wie Lueger und Schönerer, die etwa den berufslosen Adolf Hitler nach eigenem Bekenntnis „vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten“ verwandelten, angesichts des hohen Anteils aus Österreich kommender Nazis am Holocaust, aber auch bei genauer Analyse der Einzelergebnisse ist den Aussagen der Forscher mit großen Vorbehalten zu begegnen.



Die Studie stellt - fast befriedigt - fest, der Antisemitismus der Österreicher werde „von ihrer Abneigung gegen Tschechen und Russen (sind Sowjets gemeint? d.V.) übertroffen“. Übersehen wird: Während die Judenfeindschaft tabuisiert ist, kann sich ein Vorurteil gegenüber anderen Völkern oder Minderheiten durchweg ungebremst ausleben. Im übrigen ist die Aussage, „nur sieben Prozent Antisemiten“ fragwürdig, wenn etwa 13 Prozent der Befragten meinen, die österreichischen (!) Juden hätten „mehr negative Eigenschaften als die anderen Österreicher“; oder wenn 23 Prozent die Aussage bestätigen, Juden sollten keine einflußreiche Stellung einnehmen. Und 15 Prozent - das ist etwa jeder Sechste - meinen, „für Österreich wäre es besser, keine Juden im Land zu haben“. Juden erreichen in einer Skala für Anti- und Sympathie die höchsten Negativwerte; da tröstet es kaum, wenn jeder vierte Österreicher den Juden einen guten Einfluß auf die Kultur zuschreibt oder 36 Prozent angesichts des Holocaust von einer erhöhten Beistandspflicht gegenüber den Juden ausgeht.

Ebenso wie die bundesdeutschen Untersuchungen stellen die Österreicher „in der Bildungsschicht“ und für jüngere größere Resistenz gegenüber dem Vorurteil fest. Beide Gruppen räumen freimütiger ein, sie seien nicht frei von Vorurteilen. Aus diesen dünnen Ergebnissen aber zu schließen, „mit der Bildungsexpansion und dem Generationenwechsel in Österreich (wird) der noch vorhandene Antisemitismus schließlich ganz verschwinden“, gleicht Selbstbetrug. Zumal die höchsten Antipathiewerte (5,99 bei einem Durchschnitt auf einer Zehnerskala von 5,51) die Gruppe der heute 40- bis 59jährigen erreicht, als oder Österreicher, die zumeist nach dem Krieg geboren wurden, die durchweg im Nachkriegsösterreich ausgebildet und sozialisiert worden sind.

Die Bewertung der Untersuchung durch die Meinungsforscher legt den Verdacht nahe, es sei darum gegangen, den durch die Waldheim-Affäre lädierten Ruf des Fremdenverkehrslandes Österreich zu retten. Damit ist niemandem geholfen. Denn Ehrlichkeit gegenüber dem Faktum, daß es Vorurteile gibt, vor allem aber die Bereitschaft, sich um deren Beseitigung zu bemühen, helfen weiter als das Wissen, ob es nun sieben oder 16 Prozent sind, um die man sich zu kümmern hat.

(-/14.5.1987/vö-he/rs)

* * *



Die Entwicklung der Städte und Dörfer fördern

Zu den Ergebnissen einer Tagung der baupolitischen Sprecher der SPD in Bund und Land

Von Franz Müntefering MdB
Obmann der SPD im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Sozialdemokraten in Bund und Ländern sind einig darüber,

- daß die Entwicklung und ökologische Erneuerung unserer Städte und Dörfer weiter gefördert,
- preiswertes Wohnen gesichert und
- die Wohnungsgemeinnützigkeit erhalten und gestärkt werden muß.

Auch in den Jahren ab 1988 muß sich der Bund mit mindestens einer Milliarde DM Neuverpflichtung/jährlich an der Förderung des Städtebaus beteiligen. Die Bundesmittel sollen den Ländern als zweckgebundene Finanzhilfen zur Verfügung gestellt und von den Ländern nach deren Bestimmungen in den Städten und Gemeinden eingesetzt werden. Zweck der Bundesförderung sind alle Maßnahmen der Stadterneuerung und -entwicklung, nicht nur solche in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten.

Das soziale Mietrecht hat sich bewährt. Die sich andeutenden Änderungen durch den Bundesgesetzgeber gehen eindeutig zu Lasten der Mieter. Wir werden versuchen, diese Einschnitte zu verhindern und statt dessen durch einen verbesserten Schutz gegen Umwandlungsdruck und durch Instrumente zur Sicherung und Schaffung von Belegungs- und Mietpreisbindungen den besonderen Wert angemessen und bezahlbaren Wohnens zu unterstreichen.

Zur Erhaltung und Stärkung der Wohnungsgemeinnützigkeit muß das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz novelliert werden.

Ziel ist es:

- o Sicherung des gesamten gemeinnützigen Wohnungsbestandes.
- o Aktualisierung und bedarfsgerechte Ausweitung des Geschäftskreises sowie
- o Sicherung der ökonomischen Basis der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

Mit der WGG-Novelle muß auch die verbesserte Beratung und Förderung von Bau- und Bestands-Genossenschaften und vergleichbaren Selbsthilfegruppen ermöglicht werden.

(-/14.5.1987/rs/ks)

* * *